

Privilegien für in Deutschland lebende Türken begünstigen die Nicht-Integration

Quelle: „privatdepesche“ Nr. 17/2017

Die schrillen Töne, die der türkische Präsident *Recep Tayyip Erdogan* (63) im Wahlkampf um das Referendum zur Einführung seiner faktischen Alleinherrschaft anschlug, klingen noch in den Ohren: *„Wenn ihr Euch weiterhin so benehmt, wird morgen kein einziger Europäer, kein einziger Westler auch nur irgendwo auf der Welt sicher sein!“*

Kurz vor der Wahl drohte er unter frenetischem Jubel: *„Dieser Sonntag ist der Tag, an dem unser Volk jenen europäischen Ländern eine Lektion erteilen wird [...] Wir werden Deutschland eine Antwort geben, und Österreich, Belgien, der Schweiz und Schweden.“*

- In der Schweiz und Schweden blieb der Anteil der „Ja“-Stimmen unter den türkischen, Wählern mit 38 bzw. 47 Prozent in der Minderheit.
- In Deutschland stimmten 63,1 Prozent mit Ja,
- in den Niederlanden 71 Prozent,
- in Österreich 73,23 Prozent,
- in Belgien 75,1 Prozent.
- Dagegen sagten in Großbritannien 80 Prozent,
- in den USA 83,8 Prozent,
- in Russland 73,98 Prozent,
- in Kanada 72,08 Prozent und
- in Australien 58,18 Prozent der türkischen Einwanderer *„Nein“* zu Erdogans Ermächtigungsgesetz.

In echten Einwanderungsländern, die sich aussuchen, wen sie haben wollen und wen nicht, gibt es zum einen viel weniger Türken und Türkischstämmige als in Westeuropa. Wo türkische Einwanderer in großer Zahl siedeln, leben sie schlecht integriert in Parallelgesellschaften, die sich am Herkunfts- und nicht am Aufnahmeland orientieren.

In Deutschland hat sich die Zahl der Menschen mit türkischem Hintergrund seit den 1970er Jahren verdreifacht und ist von 2,4 Millionen um das Jahr 2000 bis 2014 bereits auf fast drei Millionen angestiegen. Fast die Hälfte hat nur den Hauptschulabschluss, bei den türkischen Frauen haben gerade einmal 18 Prozent einen berufsqualifizierenden Abschluss.

Anders als bei den meisten Einwanderergruppen sinkt die Geburtenzahl nach der Immigration bei Türkinnen auch deutlich langsamer. Ihre Geburtenjahrgänge 1965-1969, die das übliche gebärfähige Alter überschritten haben, kommen auf fast 2,5 Kinder pro Frau; der deutsche Durchschnitt dieser Jahrgänge liegt bei nur 1,5.

Kinderlosigkeit ist unter diesen Frauen selten; etwa die Hälfte von ihnen haben mindestens drei Kinder. Der Anteil der türkischstämmigen Bevölkerung steigt daher von Generation zu Generation immer weiter an, auch wenn nicht alle Frauen Erdogans Auftrag an die Türken im Ausland befolgen werden: *„Habt fünf Kinder, nicht drei. Ihr seid Europas Zukunft.“*

Der Ökonom *Dr. Joachim Jahnke* (78) sieht dafür kulturelle Gründe. Im Koran werden Kinder oft mit Vermögen verbunden: Eine große Schar von Kindern, vor allem Söhnen zu haben, bedeutet Macht, Einfluss, Ehre und - wegen deren Arbeitskraft - auch materiellen Reichtum.

1,6 Millionen der in Deutschland lebenden Türken waren beim Verfassungsreferendum wahlberechtigt. Bei den letzten Wahlen haben 60 Prozent der Wählenden für Erdogan gestimmt; beim Referendum waren es mit 63 Prozent noch sehr viele mehr, vor allem in ihren Hochburgen: Dortmund (76 Prozent), Düsseldorf (70 Prozent), Stuttgart (66 Prozent).

Angesichts des knappen Gesamtergebnisses von 51,4 Prozent waren diese Stimmen entscheidend. Im Land selbst konnte *Erdogan* nur mit Mühe eine Mehrheit gewinnen, trotz massiver Manipulation, Einschüchterung und Bedrohung von „Nein“-Befürwortern und „Nein“-Wählern und trotz der fast alleinigen Indienstrafe der Medien für sein Ziel.

Anders als in deutschen Medien berichtet sei die Gruppe der sunnitisch-muslimischen Türken in Deutschland, im Gegensatz zur Heimat, durchaus nicht gespalten, stellt der Publizist *Hamed Abdel-Samad* (45) fest:

- Ein Viertel der hier lebenden Türken seien eigentlich Kurden oder Aleviten, die wie christliche Assyrer und Aramäer die Erdogan-Alleinherrschaft aus existentiellen Gründen ablehnen; daher liege die „Zustimmungsquote für die Einführung der Diktatur bei den muslimischen nichtkurdischen Türken schon bei über 90 Prozent“, die „geschlossen hinter dem Islamismus, dem Chauvinismus und der Todesstrafe“ stünden.

Trotz der hemmungslosen Agitation und Hetze aus Ankara - der türkische Außenminister drohte gar mit „Religionskriegen in Europa“ und setzte die Türkei mit der „*Umma*“, der „weltweiten Gemeinschaft von zwei Milliarden Muslimen“ gleich - hat die Bundesregierung zugelassen, dass hier lebende Türken in den Konsulaten abstimmen durften, und sich damit faktisch als Steigbügelhalter der Erdogan-Machtergreifung betätigt.

Wahllokale auf deutschem Boden sind nur eines der Privilegien und Sonderrechte, die Türken in Deutschland genießen. Noch vor wenigen Jahren mussten wahlwillige Türken in ihre Heimat reisen, da die Türkei keine Briefwahl zulässt.

- Folgeschwerer ist das im Jahr 2000 vom damaligen *Bundeskanzler Schröder* (SPD) eingeführte Staatsbürgerschaftsrecht nach dem Territorialprinzip. Seither erhalten Einwandererkinder automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft, wenn die Eltern acht Jahre lang in Deutschland gelebt haben.

Das war vor allem ein Geschenk an die Türken in Deutschland, die hierzulande wegen des rot-grünen Einwandererlobbyismus überwiegend links wählen, während sie in der Türkei den autoritären, nationalistischen und islamistischen Kurs des Präsidenten unterstützen. Als weiteres SPD-Geschenk setzte die SPD unter Vizekanzler *Sigmar Gabriel* 2014 gegen die CDU die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft für Nicht-EU-Bürger, vor allem Türken, durch. Die fühlen sich mit dem

zusätzlichen türkischen Pass im Ergebnis noch weniger als Deutsche und befolgen damit umso eher die Anweisungen aus der Türkei.

Immer weniger hier lebende Türken sehen in Deutschland und seiner Kultur ihre Heimat. Wahlkampf und Abstimmungsverhalten beim Verfassungsreferendum haben gezeigt, dass die bislang gewährten Privilegien die Integration nicht befördern, sondern sabotieren.

- ▶ **Deutschlands politische Klasse scheut die Konfrontation mit Erdogan**
 - die Große Koalition wiegelt ab,
 - die Grünen kultivieren den Selbsthass,
 - die AfD fordert einen Politikwechsel.

Deutschlands politische Klasse reagiert abwägend auf Erdogans Referendums-Inszenierung.

- Außenminister und Vizekanzler *Sigmar Gabriel* (57, SPD) will auch jetzt noch nicht den EU-Beitritt der Türkei in Frage stellen.
- *Grünen-Politiker* führen die große Zustimmung unter den in Deutschland lebenden Türken auf angeblich fortbestehende „Diskriminierung“ und „Ausgrenzung“ durch die bestehende deutsche Mehrheitsgesellschaft zurück.

In der Union regen sich immerhin Stimmen, die - wie der innenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion *Stephan Mayer* (43, CSU) - die Erleichterungen bei der doppelten Staatsbürgerschaft wieder rückgängig machen wollen.

Noch deutlichere Worte findet die *AfD*.

- Nach Ansicht der baden-württembergischen Bundestags-Spitzenkandidatin *Dr. Alice Weidel* (38) „müsste man Erdogans fünfter Kolonne die deutsche Staatsbürgerschaft aberkennen“;
- die EU-Abgeordnete *Beatrix von Storch* (45) fordert die „Ja“-Sager auf: „Kehren Sie doch bitte in die Türkei zurück. Ihr verachtet offenbar unsere Werte von Demokratie und Freiheit. Ihr wollt islamische Diktatur! Ihr habt ein Ermächtigungsgesetz dafür unterzeichnet. Das ist alles mit unseren Werten nicht zu vereinbaren“, so von Storch.
- Der bayerische AfD-Vorsitzende *Petr Bystron* (44) fordert die endgültige Beendigung der EU-Beitrittsverhandlungen, die Einstellung aller Zahlungen an die Türkei und die Kündigung des Merkelschen „Flüchtlings-Deals“, der Deutschland erpressbar macht.